

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 24.03.2009
Sitzung Nummer:	28 (WLTA/28)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:45 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Norbert Tanne
Vorsitzende/r

Hannelore Badge
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Herr Norbert Tanne

Mitglieder

Herr Eberhard Andert
Herr Arno Felser
Herr Klaus-Peter Noeske
Herr Eduard Stapel

sachkundige Einwohner

Herr Alfons Ewert
Herr Heinz Riemann
Herr Heinz-Jürgen Twartz

Protokollführer

Frau Hannelore Badge

von der Verwaltung

Frau Karola Abs
Herr Martin Falkhofen
Herr Dr. Joachim Franke
Frau Annemarie Theil
Frau Katrin Wetzel
Herr Carsten Wulfänger
Frau Karin Zadow

Gäste

Herr Kriese
Herr Matthias Kuhn
Herr Niestroj
Herr Jürgen Ramm
Herr Holger Thiel

ALFF
Altmark-Zeitung
EcoEnergy
ALS
Volksstimme

Abwesend:

Mitglieder

Herr Fritz Düsedau
Herr Hans-Joachim Seeger

sachkundige Einwohner

Herr Christian Isensee

Frau Monika Lagemann
Frau Elke Nicolai

Tagesordnung:

I. Teil - Gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Stendal
Vorlage: 479

II. Teil - Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus im Beratungsraum Osterburg

- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 27. Sitzung vom 25.02.2009
- 5 Information zum Stand der Umsetzung von Bodenordnungsmaßnahmen im Landkreis Stendal durch das ALFF
- 6 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2007
Vorlage: 492
- 7 Bereitstellung finanzieller Mittel für das Reitsportzentrum Krumke - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 500
- 8 Bereitstellung finanzieller Mittel für die Manege h² (Manege der Wirtschaft) - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 513
- 9 Anfragen und Hinweise

Protokoll

I. Teil - Gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Tanne, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus eröffnet und leitet die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse und begrüßt den Vorsitzenden des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz Herrn Stapel, den Referenten zum Abfallkonzept Herrn Niestroj von EcoEnergy, die Ausschussmitglieder und Sachkundigen Einwohner, die Dezernenten Frau Theil und Herrn Wulfänger, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Presse.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Die Tagesordnung wird mit der Ergänzung des Tagesordnungspunktes: Mittelungsvorlage DS 513: Bereitstellung finanzieller Mittel für die Manege h² (Manege der Wirtschaft) bestätigt.

zu TOP 3 Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Stendal **Vorlage: 479**

Herr Tanne führt kurz zur Beschlussvorlage ein: Im Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz ist die Vorlage schon einmal orientierend beraten und besprochen worden, mit interessanten Hinweisen, bspw. von Herrn Schulz.

Das AWK ist eine Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Landkreis Stendal, der ALS und Herrn Niestroj von der EcoEnergy.

Herr Tanne bittet Herrn Niestroj, das AWK vorzustellen.

Bevor Herr Niestroj mit dem Vortrag beginnt, macht Frau Theil noch einige Ausführungen:

Es gab in der o.g. ersten Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz zur DS 479 die Frage, ob ein Beschluss gefasst werden muss. Der § 8, Abs. 5 des Abfallgesetzes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) legt fest, dass das AWK eines verbindlichen Beschlusses durch den Kreistag bedarf. Neu im AbfG LSA ist die ebenfalls verbindliche Durchführung eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens. Gemeinden, Verbände werden um Stellungnahme gebeten. Durch öffentliche Bekanntmachung und Auslegung kann darüber hinaus jeder Bürger des Landkreises Einsicht nehmen und sich äußern.

Seit dem 26.02.09 bis zum 26.03.09 liegt das Konzept in allen Verwaltungsgemeinschaften aus und ist den Trägern öffentlicher Belange zugeschickt worden.

Im Kreistag soll das Konzept am 23.04.2009 beschlossen werden.

Herr Niestroj trägt zum Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Stendal vor (siehe Anlage 1).

Herr Tanne bedankt sich für den Vortrag und stellt fest, dass das Konzept noch viele Unbekannte hat.

Er bittet Herrn Dr. Franke, zu einigen in den bereits vorliegenden Stellungnahmen aufgeworfenen Fragestellungen Bezug zu nehmen.

Herr Dr. Franke: Die bisher vorliegenden Stellungnahmen beinhalten überwiegend grundsätzliche Zustimmung, werfen aber auch Fragen auf, die bspw. in Richtung Differenzierung zwischen Konzept und konkreten Planungen gehen. Die unmittelbar angesprochene Anfrage des Wasserverbandes Bismark zum Ausschluss bestimmter Abfälle bezieht sich nicht direkt auf das Konzept, unterliegt der Regelung über die Abfallentsorgungssatzung.

Herr Mehlkopf geht auf die nach AWK zu untersuchende Möglichkeit zur Errichtung einer Mineralstoffdeponie ein. Nach seiner Einschätzung rechnet sie sich nicht mit allein aus dem Landkreis stammenden, zu deponierenden mineralischen Abfällen. Er stellt die Frage, ob diese dann auch überregional antransportiert werden.

Herr Niestroj bejaht dies im Sinne der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit einer solchen Anlage.

Herr Ewert: Das Konzept soll im Kreistag beschlossen werden. Es gibt noch viele offene Dinge. Er stellt die Frage: Werden in jedem Jahr neue Konzepte erarbeitet und neue Beschlüsse gefasst, wenn es zu neuen Erkenntnissen kommt?

Herr Dr. Franke: Es ist ein Konzept, das auf der Grundlage der Bestandsaufnahme, Trends und Notwendigkeiten bestimmte, wesentlich auch alternativ mögliche, entsprechend zu untersuchende und zu bewertende prognostische Empfehlungen abgibt, die folglich späterer Entscheidungen zu dann konkreten Umsetzungen, z.B. auch Planungen bedürfen. Diese alternativen Betrachtungen werden im Beispiel der künftigen Entsorgungsmöglichkeit nicht verwertbarer mineralischer Abfälle dann zum Ergebnis führen, der Bau einer solchen Deponie ist wirtschaftlich und für die Entsorgungssicherheit im Landkreis erforderlich. Oder, die Verbringung auf außerhalb des Landkreises gelegene Deponien ist wirtschaftlicher und Entsorgungssicherheit gewährleistet. Dann erübrigt sich der Bau einer eigenen Deponie.

Das AWK zeigt dieses Problem und die alternativen Wege auf, kann aber die in der Folge erforderlichen Prüfungen und Entscheidungen nicht vorweg nehmen.

Herr Tanne: Es werden dann kurzfristig, langfristig oder mittelfristig Entscheidungen getroffen. Wir müssen das im Kreistag entscheiden. Nicht, dass das mit dem Beschluss des AWK an die Verwaltung abgegeben wird, und die Bürger bezahlen mehr.

Ziel muss es sein, die Gebühren auf möglichst niedrigem Niveau zu halten und keine Gebührenerhöhungen in Größenordnungen zu produzieren.

Die Entsorgungssicherheit für mineralische Abfälle ist im Sinne der Wirtschaftsförderung bedeutsam. Es geht darum, Betriebe zu unterstützen. Daher muss ein Deponiestandort gefunden werden, muss daran gearbeitet werden, auch wenn die Stadt Stendal dies am Standort der jetzigen Deponie in Stendal nicht mitträgt.

Herr Schreiber ist der Meinung, dass die Erarbeitung des Konzeptes viel Geld kostet.

Herr Niestroj: Ja, es kostet natürlich Geld. Doch ist das Konzept im Wesentlichen eine interne Arbeit von Landkreis und ALS, die durch ihn lediglich ergänzt wurde.

Herr Schreiber geht auf die Gebühren ein. Es gibt ein gut funktionierendes Abfallsystem.

Warum müssen neue Konzepte erarbeitet werden? Wozu müssen wir Leute bezahlen? Diese Kosten fließen auch in die Gebühren ein. Dinge sind angesprochen, auf die man selber kommen kann, aber auch Dinge, die nicht realisierbar sind.

Herr Schulz: So, wie sich der gesetzliche Rahmen verändert, gibt es bspw. demographische Veränderungen, die zu berücksichtigen sind. Ernährungs-, Lebensgewohnheiten verändern sich, damit gibt es auch Änderungen beim Abfall.

Externe Gutachten sind notwendig, ansonsten müsste man selber Leute vorhalten, was teurer wäre. Es ist sinnvoll, externen Sachverstand hinzuzuziehen. Viele Anregungen sind gekommen. Studien sind nicht kostenfrei zu haben. Ein Untersuchungsrahmen muss festgelegt werden.

Herr Dr. Franke: Die Ansätze für das Konzept sind von der ALS und vom Landkreis gekommen. Herr Niestroj war für die Überarbeitung zuständig und hat die Abrundung bspw. hinsichtlich der Vergleiche mit anderen Landkreisen und Regionen, allgemein wichtigen und verbindlichen Trends und Entwicklungen, in enger Zusammenarbeit und steter Abstimmung mit Landkreis und ALS vorgenommen.

So haben wir wesentlich erkannt, dass es beim Bioabfall und mineralischem Abfall Änderungen geben muss, aus wirtschaftlichen, ökologischen Gründen und auch aus Rechtsgründen. Das haben wir versucht, hier darzustellen. Für den Bioabfall muss es Alternativen geben. Die Altmark ist Bioenergieregion geworden. Hier soll sich die Abfallwirtschaft eintakten.

Bei allen möglichen und erforderlichen Änderungen sollen die Gebühren vertretbar bleiben. Das hat bei allen Betrachtungen oberstes Primat.

Nicht verwertbare mineralische Abfälle dürfen im Rahmen der Deponieschließung nur noch bis 2011 auf der Deponie Stendal als Deponieersatzbaustoffe angenommen und verwendet werden. Danach gibt es für diese Stoffe keine Entsorgungsmöglichkeit im Landkreis mehr, Lösungen müssen im Sinne der Entsorgungssicherheit gefunden werden. Es steht die Frage, ist die Verbringung dieser Abfälle auf Standorte außerhalb des Landkreises wirtschaftlich vertret- und zumutbar oder die „eigene“ Deponie die wirtschaftlichere Variante. Wir denken somit im Sinne von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und der Unternehmen der Wirtschaft. Gewerbetreibende sind zu berücksichtigen. Natürlich kosten auch die dafür durchzuführenden Untersuchungen Kapazität und Geld. Wir werden damit angemessen und sparsam umgehen, den Kreistag einbeziehen.

Herr Schreiber: Ist die Idee von der Rekommunalisierung aus dem Amt oder von der ALS gekommen? Wie soll das mit der Rekommunalisierung funktionieren?

Frau Theil: Erstens ist es eine Aufforderung des Rechnungsprüfers, dazu Überlegungen anzustellen. Die bestehenden Fragen werden nur durch Untersuchungen zu beantworten sein. Es soll Wirtschaftsförderung betrieben werden. Dritte mit bestimmten Fragen zu beauftragen ist richtig, Untersuchungen erforderlich, Ergebnisse abzuwarten.

Herr Dietze: Die Konzentration in der Abfallwirtschaft nimmt immer mehr zu. Daher steht die Frage: Kommt man nicht durch Übernahme von Leistungen in eigener Regie billiger weg, als wenn man dem Preisdiktat der großen Abfallentsorger folgen muss?

Herr Tanne: Natürlich gibt es Überlegungen zu weitergehender Verwertung der Bioabfälle im Landkreis, und man sollte dem nachgehen. Wir werden uns in einer der nächsten Ausschusssitzungen mit der möglichen Verwertung der Bioabfälle im Rahmen der Wirtschaftsförderung beschäftigen. Die Möglichkeiten, auch den energetischen Gehalt des Bioabfalls zu nutzen, besonders die entstehende Wärme abgeben und verkaufen zu können, sind von Bedeutung. Die Wärmeverwertung ist für die Wirtschaftlichkeit wichtig und stark vom Standort abhängig. Das muss betrachtet und zum entsprechenden, jedoch späteren Zeitpunkt in den Ausschüssen diskutiert werden. Bzgl. der Errichtung einer Mineralstoffdeponie ist auch die regionale Wertschöpfung wesentlich, eine wichtige Aufgabe in unserem Landkreis.

Herr Tanne schlägt die Vorlage zur endgültigen Beschlussfassung im Kreistag vor.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig:

6 Ja Stimmen	Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz
5 Ja Stimmen	Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus

einstimmig zugestimmt

Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

II. Teil - Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Landwirtschaft und Tourismus im Beratungsraum Osterburg

Herr Stapel ist beim 2. Teil der Sitzung nicht anwesend, da er den 2. Teil der Sitzung des Umweltausschusses leitet.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 27. Sitzung vom 25.02.2009

Die Niederschrift der 27. Sitzung vom 25.02.09 wird bestätigt. Es gibt keine Änderungen und Hinweise.

Herr Noeske bittet darum, die Mitteilungsvorlagen, zu denen ein Votum abgegeben werden soll, vorzuziehen, da er früher gehen muss.

zu TOP 5 Information zum Stand der Umsetzung von Bodenordnungsmaßnahmen im Landkreis Stendal durch das ALFF

Herr Tanne bittet Herrn Kriese, Sachgebietsleiter im ALFF Stendal um seinen Vortrag zur Umsetzung von Bodenordnungsmaßnahmen.

Herr Kriese stellt sich vor und hält den Vortrag (Siehe Anlage 2).

Herr Twartz verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung.

In der anschließenden Diskussion stellt Herr Tanne 3 Fragen:

1. Gibt es eine Karte, auf der die durchgeführten und in Bearbeitung befindlichen Flurneuerungsverfahren erfasst sind?

Herr Kriese wird eine Karte als Anlage zum Protokoll zur Verfügung stellen (Siehe Anlage 3)

2. Gibt es Fälle beim Flächenaufkauf zum Autobahnbau, bei denen es durch Flächenverlust von landwirtschaftlichen Flächen zu Existenzgefährdungen der Bauern kam?

Herr Kriese: Gerade dies ist zu vermeiden. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nur insoweit zu anteiligen Landabzügen herangezogen werden, dass ihre wirtschaftliche Existenz nicht gefährdet ist.

3. Warum kann die Politik nicht direkt in den Verkauf eingreifen? Es müsste Wege geben, den ansässigen wirtschaftenden Betrieben zu ermöglichen, die gepachteten landwirtschaftlichen Flächen der BVVG zu den entsprechenden Bodenrichtwerten zu erwerben und nicht über Ausschreibungen diese Flächen meistbietend in andere Bundesländer zu verkaufen.

Herr Kriese: Wenn ein Betrieb Erwerbsanspruch nach EALG hat, bekommt er die Fläche. Auf weitere Flächen kann im öffentlichen Interesse Anspruch ausgeübt werden. Soweit das ALFF Verkäufe der BVVG beeinflussen kann, wird bei Flächenverkäufen, die für die A 14 von Interesse sind, nicht zugestimmt.

Die A14 wird rund 100 km durch Sachsen-Anhalt verlaufen. Das ALFF ist dabei, dafür Flächen aufzukaufen. Pro Autobahn-km sind nach bisheriger Kalkulation bis zu 12 ha Land notwendig. 12.200 ha werden einbezogen. 2/3 der Verfahren bearbeitet das ALFF Altmark. Für die A14 wurden bereits rd. 30 ha im LK SDL erworben. Weitere Flächen der Landgesellschaft S-A und der BVVG werden für die A 14 bevorratet.

Für die Grundeigentümer bedeutet dies eine komplette Neuerschließung ihrer Flächen mit Beseitigung der Zerschneidungen durch die Trasse.

Für den Planungsträger BRD (Straßenbauverwaltung) hat das aufwändige Flurneuerungsverfahren Vorteile. Besteht Planungsrecht und steht das Geld bereit, kann mit dem Autobahnbau sofort begonnen werden. Das ALFF regelt den Grunderwerb, und Enteignungen werden vermieden.

Knackpunkt könnte der geplante Windpark bei Buchholz/Lüderitz sein. Würde dieser gebaut werden, stehen Windräder beiderseits der geplanten Autobahn. Der Korridor für die Neuregelung der Flächen wäre dann äußerst eingeschränkt.

Herr Riemann: In der jetzigen Situation besteht ein großes Bedürfnis, Land zu erwerben.

Die Struktur in der Landwirtschaft wird mit Flurneuerung neu gestaltet. Eigentümer mit ehemals zergliederter Grundbesitz erhalten größere zusammenhängende Flächen. Es gibt potenzielle Käufer, die mit der Landwirtschaft nichts zu tun haben, und die wollen Pachtzins. Wie werden diese Personengruppen berücksichtigt? Wie will man Flächen bewirtschaften, wenn man die Pacht nicht zahlen kann?

Herr Kriese: Verkauf bricht nicht das bestehende Pachtvertragsverhältnis. Es ist richtig, dass die zusammengelegten Flächen einen höheren Marktwert erlangen und besser veräußerbar sind. Landwirtschaftsbetriebe und die öffentlichen Träger können vereinfacht im Flurneuerungsverfahren Flächen erwerben. Privatpersonen, die keine Landwirtschaft betreiben, müssen dies beim Notar tun. Grundsätzlich gilt, dass Verkäufer und Käufer den Preis miteinander vereinbaren. In den Verfahren orientiert sich der Kaufpreis in aller Regel am Bodenrichtwert.

Herr Andert: Wie viel Kosten pro ha entstehen für ein normales Flurneuerungsverfahren?

Herr Kriese: Das kann man nicht so pauschal beantworten, es ist sehr unterschiedlich.

Anhand von Beispielen mit unterschiedlichen Förderhöhen erläutert Herr Kriese, wie kompliziert die Kostenermittlung ist.

Die sogenannten Ausführungskosten sind von den am Verfahren beteiligten Grundeigentümern zu tragen. Es ist sehr hilfreich, wenn die Gemeinden und Landwirte sich an der Finanzierung zusätzlich beteiligen.

Fördersätze:

Flurneuerung nach LwAnpG: 90 %

Flurbereinigung nach FlurbG: 75 %

Es gibt einen Fördersatz von 90% bzw. 75%

Bei 1.500 €pro ha und 90% fallen 150 €pro ha Eigenleistung verteilt auf 5-7 Jahre an.

Bei 1500 €pro ha und 75% Förderung fallen rd. 400 €pro ha Eigenleistung an.

Vermessungskosten

ca. 400 €pro ha gesamt

dav. werden 60% vom Land bzw. der EU getragen

Eigentümer tragen restliche 40 % = 160€

entspricht 40 €/ha bei 75% Förderung und

16 €/ha bei 90% Förderung

Die Masse der Kosten fällt durch den Ausbau von ländlichen Wegen an. Dieser Anteil wird vom Bedarf und dem Interesse der Eigentümer geprägt.

Herr Riemann: Austauschflächen sind beim Wegebau notwendig, damit jeder an seine Flächen kommt. Es gibt 26 ha Separationsfläche. Durch Meliorationsmaßnahmen sind Wege nicht mehr vorhanden.

Herr Kriese: Außer der Flurneuerung gibt es in S-A keine andere gesetzliche Regelung zur Auflösung von Separationseigentum. Wenn Separationsflächen aufgelöst werden, gehen sie vorrangig in Gemeindehand. Separationsland ist Gemeinschaftseigentum, welches in der Regel für die heutigen gemeinschaftlichen Anlagen (Wege und Gewässer) verwendet wird. Die Auflösung von Separationseigentum mit der Flurneuerung ist kompliziert, da von einigen Faktoren abhängig.

Herr Tanne bedankt sich für die umfangreiche Information.

**zu TOP 6 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Stendal in Fortschreibung für das Jahr 2007
Vorlage: 492**

Herr Wulfänger erläutert den Inhalt des Beteiligungsberichtes.
Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen und an den Kreistag weitergeleitet.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 7 Bereitstellung finanzieller Mittel für das Reitsportzentrum Krumke - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 500**

Herr Tanne macht kurze Ausführungen zur Mitteilungsvorlage DS 500. Aus der Haushaltstelle ländliche Infrastruktur soll das Vorhaben mit 5 T€ für die Beschallungsanlage bezuschusst werden.

Herr Noeske verlässt nach der Abstimmung die Sitzung.

einstimmig zugestimmt

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu TOP 8 Bereitstellung finanzieller Mittel für die Manege h² (Manege der Wirtschaft) - Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 513**

Herr Wulfänger stellt die Tischvorlage: Mitteilungsvorlage DS 513 Bereitstellung finanzieller Mittel für die Manege h² (Manege der Wirtschaft) vor.
Aus der Haushaltstelle Kleinstprojekte soll das Vorhaben mit 1 T€ finanziert werden.

einstimmig zugestimmt

Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu TOP 9 Anfragen und Hinweise

Herr Felser stellt die Frage, warum der Nahverkehrsplan, die Finanzierungssatzung nicht im Ausschuss für Wirtschaftsförderung behandelt wird.

Am 21.4.09, 2 Tage vor dem Kreistag haben wir noch mal die Möglichkeit, das Thema im Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu beraten und die Anregungen aus anderen Ausschüssen zu besprechen.

Herr Wulfänger: Der Nahverkehrsplan war in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaftsförderung jedes Mal auf der Tagesordnung. Die Veränderungen sind nicht gravierend. Es ist die Endversion.

Die Fördersatzung wird erarbeitet, mit Zahlen untersetzt und geht in den Finanzausschuss.

Am 2.4.09 soll die Kalkulation im nichtöffentlichen Teil behandelt werden.

Herr Felser: Die Zeit ist dann knapp vor dem Kreistag für Veränderungen.

Herr Wulfänger: Wenn die Notwendigkeit besteht, kann die Ausschusssitzung vorgezogen werden.